

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die 7. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises**  
**in der 10. Wahlperiode 2014/2019**  
in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal  
am Dienstag, 14. Juli 2015, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

**I. Eröffnung und Begrüßung:**

Landrat Werner eröffnet die 7. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 10. Wahlperiode 2014/2019 und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

**II. Erweiterung der Tagesordnung**

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung um Punkt

8. Anfrage von Michael Cullmann zu den Veränderungen bei der AfD

**III. Tagesordnung:**

**A) Öffentlicher Teil**

1. Genehmigung der Niederschrift der 5. Sitzung vom 10. März 2015 und der 6. Sitzung vom 07. Mai 2015
2. Einwohnerfragestunde
3. Übergang der Trägerschaft der RS+ Kirchheimbolanden zum 01.01.2016 auf den Donnersbergkreis
4. Kreisvolkshoch- und Kreismusikschule des Donnersbergkreises
  - a) Prüfung der Kreismusik- und Kreisvolkshochschule durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt des Donnersbergkreises mit Stellungnahme
  - b) Fusion der Kreisvolkshochschule Donnersbergkreis und der Volkshochschule Eisenberg

5. Antrag der Fraktionen SPD, FWG und B90/Grüne zur Gefährdung der kommunalen Daseinsvorsorge durch die geplanten Freihandelsabkommen
6. Unterrichtung und Kontrollrecht des Kreistages gem. § 26 Abs. 2 Landkreisordnung
7. Wahlen
  - a) Wahl einer Ersatzperson in den Schulträgersausschuss
  - b) Wahl einer Ersatzperson sowie Nachwahl eines/einer Vertreters/in des Kreiseltern-ausschusses für Kindergärten in den Jugendhilfeausschuss
  - c) Bestätigungswahlen für den Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg
  - d) Benennung von zwei Personen zur Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)
8. Anfrage von Michael Cullmann zu den Veränderungen bei der AfD

Ergebnis der 7. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises am 14. Juli 2015 in Kirchheimbolanden

-----

## **A) Öffentlicher Teil**

**Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 5. Sitzung vom 10. März 2015 und der 6. Sitzung vom 07. Mai 2015**

### I. Sachverhalt:

Auf eine Nachfrage von Landrat Werner hin, werden keine Änderungswünsche zu den Niederschriften geäußert.

### II. Beschluss

Der Kreistag des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschriften der 5. und 6. Sitzung des Kreistages.

**Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunden**

### I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

### **Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Übergang der Trägerschaft der RS+ Kirchheimbolanden zum 01.01.2016 auf den Donnersbergkreis**

#### I. Sachverhalt:

Landrat Werner berichtet, wenn der Kreistag heute dem Beschlussvorschlag zustimmt, dann ist der Donnersbergkreis ab 01.01.2016 Schulträger aller weiterführenden Schulen mit Ausnahme des Gymnasiums Weierhof. Das soll auch so bleiben.

In den letzten fünf Jahren wurden die weiterführenden Schulen in Eisenberg, Rockenhausen, Göllheim und Winnweiler in die Kreisträgerschaft überführt. Kirchheimbolanden soll jetzt zum 01.01.2016 folgen. Die grundsätzliche Bereitschaft, die Neumayerschule in Kreisträgerschaft zu übernehmen, bestand schon lange – mittlerweile hat der Verbandsgemeinderat Kirchheimbolanden dem Übergang der Trägerschaft zugestimmt.

Für die Schule ändert sich zunächst einmal gar nichts – der Schulbetrieb wird wie bisher fortgeführt werden. Die schulischen Angebote werden beibehalten bleiben und selbstverständlich wird das gesamte Personal der Verbandsgemeinde übernommen.

Mittelfristig kann sich die Schule in Kreisträgerschaft weiter entwickeln und ihre Schwerpunkte setzen. Die organisatorische Erfahrung, die man mit den anderen weiterführenden Schulen gewonnen habe, wird auch der Neumayerschule zugutekommen können. Eine noch engere Zusammenarbeit mit dem NPG wird möglich.

Anstehende Probleme können in einem größeren Zusammenhang angegangen werden. So zeichnet sich zurzeit ab, dass die Kapazität der Küche an der Neumayerschule im nächsten Schuljahr nicht mehr ausreichen wird, um alle Schülerinnen und Schüler zu versorgen. Falls dadurch Synergieeffekte entstehen, kann auch eine Lösung unter Einbindung der Mathilde-Hitzfeld-Schule gesucht und gefunden werden.

Die Turnhalle des Nordpfalzgymnasiums ist sanierungsbedürftig, was bereits seit Jahren bekannt ist. Nach den millionenschweren Investitionen in das Hauptgebäude des NPG kann nicht sofort wieder ein Großprojekt an dieser Schule starten – auch die anderen Schulen haben Sanierungsbedarf. Im Zusammenhang mit der bestehenden Schulturnhalle der Neumayerschule lässt sich insgesamt wahrscheinlich eine kostengünstigere Lösung für dieses Problem finden.

Das Schulvermögen – die Grundstücksteile, Gebäude und die Ausstattung werden übernommen. Im Gegenzug werden wie bei allen anderen Schulen auch die Verbindlichkeiten abgelöst, die bei der Verbandsgemeinde noch aus den Investitionen der vergangenen Jahre in das

Schulgebäude bestehen. 1,3 Millionen Euro werden auf diese Weise fällig. Und insoweit wäre der Beschlussvorschlag dann auch noch zu ergänzen.

Daneben muss natürlich ab nächstem Jahr der laufende Schulbetrieb finanziert werden; der Haushaltsansatz der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden im laufenden Jahr beträgt rund 760.000 Euro. Wenn man das mit den anderen Schulen vergleicht, so ist das ein durchaus angemessener Betrag. Bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2016 werden diese zusätzlichen finanziellen Belastungen aufgenommen werden müssen und sich darüber unterhalten, wie diese zusätzliche Kostenlast getragen werden soll.

Wenn heute grünes Licht gegeben wird, werden die Vorarbeiten für den Eigentumsübergang zum 01.01.2016 rechtzeitig erledigt werden können.

Simone Huth-Haage (CDU) nimmt vorweg, dass die CDU-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmt. Sie informiert, im VG-Rat sei diese Entscheidung niemandem leicht gefallen. Man sei sehr stolz auf diese Schule, die ein hervorragendes Profil hat. Letztendlich überwiegen jedoch die aufgezeigten Möglichkeiten und auch die Chancen, um Synergien besser nutzen zu können.

Sie betont, es sei ihr und dem VG-Rat jedoch unglaublich wichtig, dass die außerschulische Nutzung der Turnhalle, des Forums und der Küche durch Vereine, Landfrauen etc. am Abend oder am Wochenende weiterhin gewährleistet und sichergestellt wird. Denn die Vereinsarbeit darf durch einen Trägerwechsel nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie bittet den Beschlussvorschlag, um diesen Punkt zu ergänzen.

Für Landrat Werner sei dies selbstverständlich. Was die Turnhalle betrifft, so sei dies sogar gesetzlich geregelt, dass die Schulträger die Sportstätten für die Vereine zur Verfügung zu stellen haben. Der Verbandsgemeinde erhielt das Angebot, die Verteilung der Stunden in der Halle selbst zu übernehmen; lehnte dies jedoch ab. Diese Aufgabe übernimmt dann die Kreisverwaltung zusammen mit der Schule. Unter Beachtung der schulischen Voraussetzungen wird die Schule für außerschulische Vorhaben natürlich zur Verfügung gestellt.

Auch die SPD-Fraktion befürwortet die Übernahme der RS+ Kirchheimbolanden in Schulträgerschaft des Kreises, so Christa Mayer (SPD). Deutlich gesehen werden natürlich hierbei die Synergieeffekte, die diese Übernahme mit sich bringt. Künftig hofft sie auf eine intensivere Kooperation zwischen den einzelnen Schulstandorten.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt der Übernahme der Schulträgerschaft, des Schulvermögens, des kommunalen Personals der Realschule Plus in Kirchheimbolanden und der Ablösung der Verbindlichkeiten i.H.v. 1,3 Mio. € zu.

Die außerschulische Nutzung der Schule ist unter Beachtung der schulischen Belange auch in Zukunft gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:        31 Ja-Stimmen  
   2 Enthaltungen (FDP)

**Zu Punkt 4 der Tagesordnung:    Kreisvolkshoch- und Kreismusikschule des Donnersbergkreises**  
**a) Prüfung der Kreismusik- und Kreisvolkshochschule durch das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt des Donnersbergkreises mit Stellungnahme**  
**b) Fusion der Kreisvolkshochschule Donnersbergkreis und der Volkshochschule Eisenberg**

## I. Sachverhalt:

Zunächst bittet Landrat Werner Gunther Rhein über das Ergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses zu berichten.

Gunther Rhein (CDU) teilt mit, der Rechnungsprüfungsausschuss hat am 09.07.2015 getagt. Prüfungsschwerpunkt war Prüfung der Beanstandungen aus dem Prüfbericht der KVHS und der KMS. Fragen wurden zur vollen Zufriedenheit aller Teilnehmer beantwortet, d. h. der Rechnungsprüfungsausschuss sieht die Beanstandungen aus dem Prüfbericht der KVHS als erledigt an und nimmt den Prüfbericht der KMS zur Kenntnis, was er auch dem Kreistag vorschlägt.

Landrat Werner äußert mit der Fusion der Kreisvolkshochschule und der Volkshochschule Eisenberg wächst zusammen, was zusammengehört. Bisher haben beide nebeneinander gute Angebote gemacht – diese eigenständig organisiert und selbstständig finanziert. Mit dem zunehmenden Bedürfnis, nicht nur Qualität zu bieten, sondern dies auch nachzuweisen, wächst der Druck in vielen Bereichen, sich zertifizieren zu lassen. Dies ist auch bei den Volkshochschulen so. Insbesondere die Integrationskurse können mittelfristig ohne Zertifizierung des Anbieters nicht mehr vorgehalten werden. Deshalb macht es großen Sinn, diese Zertifizierung gemeinsam anzugehen, Kosten zu minimieren und die Arbeit zu reduzieren – es macht Sinn, sich zusammenzuschließen und nicht nebeneinander weiter zu arbeiten. Nach der Fusion der beiden Volksbildungswerke lässt sich diese Aufgabe künftig effektiver erledigen. Eisenberg

wird dann Außenstelle der Volkshochschule des Donnersbergkreises werden – so wie andere Verbandsgemeinden auch.

Gerade in einer Zeit, in der viel über Gebietsreformen geredet wird, ist das ein weiteres deutliches Zeichen aus Eisenberg für den Donnersbergkreis.

Die Fusion bietet darüber hinaus Chancen, weitere Synergieeffekte zu realisieren. So konnte dem Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes entnommen werden, dass aufgrund der zurückgehenden Kurszahlen, sowohl bei der Leitung als auch bei der Verwaltung der Kreisvolkshochschule Personalreserven vorhanden sind. Durch einen Zusammenschluss der beiden Volkshochschulen werden die Kursangebote der Kreisvolkshochschule logischerweise zunehmen – vielleicht kommt man dann ohne personelle Kürzungen hin. Es ist vorgesehen, nach einem Jahr der Gemeinsamkeit aufgrund der dann vorliegenden Zahlen den Personalbedarf erneut zu berechnen und die Personalausstattung an diesen Bedarf anzupassen.

Voraussetzung dafür ist natürlich, dass der Landesrechnungshof, der den Kreis zurzeit prüft, bei der Kreisvolkshochschule zu den gleichen Anhaltswerten kommt wie das Rechnungsprüfungsamt. Deshalb sollen auch die Hinweise auf Gebühren und Honoraränderung im vorliegenden Prüfbericht aktuell nicht umgesetzt werden, weil man auf den abschließenden Prüfbericht des Rechnungshofs warten und diese Diskussion dann im Zusammenhang mit der Diskussion über den Prüfbericht des Rechnungshofes führen will.

Unabhängig von allen Prüfungen und Berechnungen wird sich Anfang nächsten Jahres bei der Leitung der Kreisvolkshochschule eine Änderung ergeben – Herr Schilling wird in den Ruhestand gehen. Für die Nachfolge wird schon überlegt, ob der Leiter der Volkshochschule künftig nicht von Verwaltungsaufgaben deutlich entlastet wird und damit die Nachfolge von Herrn Schilling in Teilzeit dargestellt werden kann. Dies bedarf neben anderen Fragen vor allem noch einer Abstimmung mit dem Land darüber, ob solche Teilzeitstellen auch gefördert werden. Landrat Werner könnte sich vorstellen, künftig einen pädagogischen Leiter der Kreisvolkshochschule zu haben, der sich wirklich nur noch um den fachlichen Teil und nicht mehr um organisatorische und verwaltungsmäßige Details kümmert.

Die gleichen Überlegungen gibt es natürlich auch für die Musikschule. Frau Seidel-Zimmermann hat zwar noch einige Jahre bis zu ihrer Rente – danach ist aber auch dort zu überlegen, ob eine künstlerische Leitung installiert werden kann, die von Verwaltungsaufgaben entlastet wird.

Auf diesem Weg wird man schlanker und schon dadurch effektiver aufgestellt sein, wenn jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter nur noch für seine Kernkompetenzen zuständig ist.

Unabhängig, wie die weiteren Einzelentscheidungen getroffen werden, gilt eines festzuhalten: Es werden im Bereich der Weiterbildung und im Bereich der musikalischen Ausbildung auch weiterhin gute Angebote für die Bevölkerung unterbreitet werden – für die jungen und die jung gebliebenen Bürgerinnen und Bürger des Donnersbergkreises. Auch die Musik- und Gesangsvereine als die Kulturträger des ländlichen Raumes sollen weiterhin gestärkt werden. Und man wird in beiden Bereichen auch in Zukunft dezentral aufgestellt sein: Die Kurse und Angebote sollen vor Ort aufrechterhalten werden und es gilt immer zu versuchen, die Angebote dort zu platzieren, wo Nachfrage herrscht und nicht allen Bürgerinnen und Bürgern zumuten, zu einer zentralen Bildungsstätte im Donnersbergkreis zu kommen.

Mit der Fusion der Volkshochschule Eisenberg mit der Kreisvolkshochschule erfolgt ein erster Schritt hin zu neuen Strukturen.

Klaus Wohnsiedler (SPD) geht davon aus, dass durch diesen Zusammenschluss Angebote gesichert werden können und eine rege Nachfrage zur Folge wird. Eine gut funktionierende und mit einem breiten Spektrum an Kursen ausgestattete Volkshochschule sei auch ein wichtiger Standortfaktor. Dies sei auch dadurch erkennbar, dass Industrie und Handwerk das Angebot der Volkshochschulen gut nutzen. Klaus Wohnsiedler ist auch überzeugt, dass sich viele Synergieeffekte einstellen werden. Dennoch war die Entscheidung, die VHS Eisenberg in die KVHS zu integrieren, keine einfache. Denn hier wird eine gut funktionierende VHS nach 63 Jahren Selbstständigkeit übergeben. Zur Zeit werden bei der VHS Eisenberg 91 Kurse mit 3657 Unterrichtseinheiten angeboten. Darunter finden sich auch zwei Integrationskurse und 4 Vorträge mit rd. 150 Teilnehmern. Seit einem Jahr werden kostenlose Deutschkurse für Asylbewerber angeboten und die VHS Eisenberg ist nahezu kostendeckend.

Da sich die Rahmenbedingungen allerdings geändert haben, ist der Zusammenschluss der beiden Bildungswerke die logische Konsequenz. Klaus Wohnsiedler legt allerdings größten Wert darauf, dass das bisherige sehr umfangreiche Angebot der VHS, die Integrationskurse und die Deutschkurse für Asylbewerber weiterhin in Eisenberg angeboten werden. Gerade auch im Hinblick auf die derzeitige Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge, sei es wichtig, diese Angebote weiterhin vorzuhalten, um so einen wichtigen Teil zur Integration leisten zu können.

Landrat Werner klärt auf, die Außenstelle der KVHS in Eisenberg wird eigenverantwortlich darüber entscheiden können, welche Kurse angeboten werden sollen. Darüber hinaus hält er es

für notwendig, dass diese Kurse in Eisenberg stattfinden, um so weiterhin dezentral aufgestellt zu bleiben.

Manfred Schäfer (CDU) sieht es als nicht zu großes Problem an, dass die KVHS nicht kostendeckend arbeitet. Vielmehr sollte man zu den Ursprüngen zurück. Es war gewollt, dass ein breites Angebot vorgehalten wird – nicht nur bei der VHS, sondern gerade auch im Bereich der Musikschule. In diesem Bereich gilt es auch verstärkt Anstrengungen zu betreiben. Über die Geschäftszeiger besteht eine gute Möglichkeit die Angebote zu bewerben. Allerdings liest Manfred Schäfer hier zu wenig. Hier gilt es diesbezüglich ein Konzept auszuarbeiten. Es sei noch sehr viel Detailarbeit zu leisten – die Anstrengungen lohnen sich allerdings auf jeden Fall. Die Fusion mit Eisenberg kann die Situation nur verbessern.

Lisett Stuppy (B90/Grüne) ist der Meinung, die Angebote der beiden Volksbildungswerke des Kreises seien gut und auch notwendig. Damit dies auch in Zukunft geschieht, braucht es eine Entwicklung. Die Fusion der VHS Eisenberg mit der KVHS sieht sie als positiv an. Flächendeckende Angebote in den verschiedenen Verbandsgemeinden müssen natürlich auch weiterhin vor Ort bleiben. Werbung für die zahlreichen Kurse gilt es zu intensivieren und möglicherweise eine Koordinierung mit anderen Bildungswerken optimieren.

Im Bericht wird das hohe Defizit beanstandet, das durch die Kurse bei dem Unternehmen BorgWarner entsteht. Lisett Stuppy zeigt sich überrascht darüber und bittet um eine kurze Erläuterung.

Bei der Musikschule sieht sie unbedingt Handlungsbedarf. Die Schülerzahlen sinken und die Kosten nehmen eher zu. Daher sei es nötig in Zukunft über neue Strukturen nachzudenken, Personalbedarf anzupassen und Tätigkeiten neu aufzuteilen. Der Kreistag sollte in die Überlegungen mit einbezogen werden, da ein relativ hoher Zuschuss seitens des Kreises an die Musikschule erfolgt. Im Allgemeinen verfolgt die Fraktion B90/Grüne die Idee, die beiden Bildungswerke zusammen zu legen. Dadurch würden sich viele Synergieeffekte im Bereich Personal und Verwaltung ergeben.

Landrat Werner entgegnet, die Verwaltung der VHS und der MS sind bereits zusammen gelegt. Die 4 Mitarbeiterinnen, die die Verwaltung bilden, teilen sich nun einen Raum und bekommen demnächst ein einheitliches EDV-Programm. So können sich die Mitarbeiterinnen sicherlich noch mehr ergänzen und gegenseitig unterstützen.

Was die Anpassung des Personalbedarfs angeht, so soll dieser ca. 1 Jahr nach der Fusion erneut berechnet werden. Das Personal der Musikschule wird hierbei natürlich auch berücksichtigt werden.

Zu den Kursen bei BorgWarner informiert Landrat Werner, dass BorgWarner die Kurse erneut ausschreiben wird. Die KVHS wird sich an der Ausschreibung zwar wieder beteiligen, allerdings nur mit kostendeckenden Angeboten.

Wilfried Pick (CDU) klärt auf, die KVHS kostet den Kreis einen Zuschuss von jährlich 66.000 € und holt andererseits einen Landeszuschuss von 40.000 – 50.000 € wieder herein. Es werden über 100 Honorarkräfte beschäftigt, die für ein geringes Entgelt arbeiten und zum Teil auch darauf angewiesen sind. Er möchte die Gelegenheit nutzen, um allen für ihre Arbeit zu danken. Die Kostendeckung sei, wie auch in Eisenberg, bei allen Kursen gegeben, wenn man die Verwaltungskosten nicht mit einrechnet.

Dass die Sprachkurse bei BorgWarner vom Kreis geleistet werden, hält Wilfried Pick durchaus sinnvoll. Dies zeigt, dass der Kreis Interesse an den Arbeitsplätzen und an der Entwicklung dieses Unternehmens hat. Deswegen sollten die Kurse bei BorgWarner auch fortgeführt werden.

Der allgemeine Rückgang der Kurse lässt sich auch dadurch erklären, dass vor einigen Jahren ganz viele Computerkurse gefragt waren. Mittlerweile liegt der Schwerpunkt mehr bei Sprachkursen und Kursen im Bereich der Gesundheitspflege.

Bei der Musikschule ist ein Rückgang zu verzeichnen. Vor allem durch die letzte Gebührenerhöhung haben sich 2/3 der Erwachsenen vom Instrumentalunterricht abgemeldet. Die Kreismusikschule erhält einen Kreiszuschuss von 210.000 € im Jahr, der seit Jahren unverändert ist. Das Geld, das den Musikvereinen im Kreis zu Gute kommt, beträgt 74.000 € und die Kinderchöre bekommen über 6.000 €.

In beiden Einrichtungen handelt es sich zwar um freiwillige, aber dennoch sehr wichtige Aufgaben, so Wilfried Pick. Bei der Musikschule geht es nicht nur um Musikunterricht, sondern um öffentliche Auftritte, um die Umrahmung von Veranstaltungen, die Durchführung von Wettbewerben und Konzerten. Auch hier arbeiten die Honorarkräfte zu einem seit vielen Jahren unveränderten Stundensatz. An dieser Stelle bedankt er sich bei den Honorarkräften für ihre Arbeit.

Eine strenge Auslegung von Kennzahlen hinsichtlich des Personalbedarfs sei augenblicklich wenig sinnvoll, da in beiden Einrichtungen Personal beschäftigt ist, das zum überwiegenden Teil mit großen gesundheitlichen Problemen zu kämpfen hat, was auch aus den vorgelegten Zahlen hervorgeht.

Insgesamt kann man mit beiden Einrichtungen sehr zufrieden sein.

Landrat Werner kann die Meinung von Wilfried Pick zur Fortführung der Kurse bei BorgWarner durchaus unterstützen. Nur weist er darauf hin, die KVHS sei ein subventionierter Betrieb und sollte daher den freien Unternehmen keine Konkurrenz machen, in dem Kurse angeboten werden, die nicht den gesamten Aufwand berücksichtigen. Künftig sollen kostendeckende Angebote unterbreitet werden.

Weil Bildung Lebensqualität und Lebenschancen schafft, ist Christian Ritzmann (FDP) der Meinung, dass die Bemühungen eines lebenslangen Lernens, unterstützt durch den Donnersbergringkreis, gefördert werden sollten. Künftig gilt es allerdings den Blick auf eine Herausforderung zu richten, zu der die Volkshochschulen einen wesentlich Beitrag leisten können. Derzeit wird man in Europa mit einer Flüchtlingswelle von einem nicht vorhergesehenen Ausmaß konfrontiert. Die Menschen, die hierher kommen, zählen hier auf Lebenschancen, da sie aus kriegsgeprägten Gebieten fliehen mussten, um ihr Leben schützen zu können. Für diese Menschen sei es wichtig, schnellstmöglich die Sprache zu erlernen und in Kontakt mit der Kultur und dem politischen System zu kommen. Hier erwartet Christian Ritzmann eine große Integrationsleistung über Bildung und unterstützt diese auch sehr stark. Denn je schneller die Menschen integriert sind, umso besser sei es für alle.

Dies sei ein ganz wesentlicher Aspekt, so Landrat Werner. Er bittet Dezernenten Fabian Kirsch zu erläutern, was die KVHS in diesem Bereich leistet.

Dezernent Fabian Kirsch informiert, derzeit laufen 3 Sprachkurse für Erwachsene im Donnersbergringkreis. Ziel der Kurse ist es Basiskenntnisse der deutschen Sprache zu vermitteln, um so das Zurechtfinden im Alltag zu ermöglichen, wie z. B. Arztbesuche, Behördengänge, Einkaufen und vor allen Dingen um auch die Kommunikation mit den über 100 freiwilligen Helfern aus dem Helferkreis zu ermöglichen. Gerade auch aus dem Helferkreis kommen immer wieder Lob und die Forderung, diese Kurse künftig beizubehalten. In den Sommerferien werden 4 Sprachkurse für Kinder mit Migrationshintergrund angeboten, die über das Land entsprechend gefördert werden.

Da die Erwachsenenkurse kostenlos angeboten werden, sind diese natürlich auch als Defiziterhöhend anzusehen.

Simone Huth-Haage (CDU) regt an, das Raumkonzept in der Karl-Ritter-Schule zu überdenken, denn dieses erscheint ihr nicht ganz optimal zu sein, wovon sie sich auch persönlich

mehrfach überzeugen konnte. Um den Unterricht optimieren zu können, bittet sie die Verantwortlichen um Unterstützung.

Landrat Werner stellt klar, dass keine räumlichen Veränderungen vorgenommen wurden, was den Unterricht betrifft. Neu sei die Unterbringung der Verwaltung in der Karl-Ritter-Schule. Man sei allerdings immer für Gespräche offen, die Verbesserungsvorschläge mit sich bringen.

## II. Beschlüsse

a) „Der Kreistag sieht die Beanstandungen aus dem Prüfbericht der Kreisvolkshochschule als erledigt an und nimmt den Prüfbericht der Kreismusikschule zur Kenntnis“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) „Der Kreistag stimmt der Fusion der Kreisvolkshochschule und der Volkshochschule Eisenberg zu.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bernd Frey (SPD) und Adolf Kauth (FWG) waren von der Beratung und Entscheidung gem. § 16 LKO ausgeschlossen.

**Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Antrag der Fraktionen SPD, FWG und B90/Grüne zur Gefährdung der kommunalen Daseinsvorsorge durch die geplanten Freihandelsabkommen**

### I. Sachverhalt:

Landrat Werner übergibt das Wort an Dr. Ernst Groskurt (B90/Grüne) zur Erläuterung des Antrages:

TTIP ist ein geplantes Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und Europa, das seit zwei Jahren durch Vertreter der USA und der Europäischen Kommission, zum Teil auch geheim, ausgehandelt wird. Bei dem geplanten Freihandelsabkommen handelt es sich um eine völlig neue Generation von Abkommen. Die mit TTIP und CETA verbundene zentrale Zielsetzung der Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse durch die Angleichung von Standards oder Verfahren der gegenseitigen Anerkennung, lässt befürchten, dass im Vergleich zu den USA höhere europäische Standards im Arbeits-, Gesundheits-, Kultur-, Klima-, Umwelt-

und Verbraucherschutz abgesenkt oder geringere Standards als gleichwertig abgestuft und somit akzeptiert werden. Fallen die Standards im Heimatland niedriger aus, dann müssen diese vom Partnerland anerkannt werden. Das gilt auch für Mindestlöhne und Arbeitsschutzverordnungen.

Für die Mitglieder des Kreistages geht es letztlich um die kommunale Selbstverwaltung. Und hier schließt sich die heute vorgeschlagene Resolution dem gemeinsamen Positionspapier vom Deutschen Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund. Ob im Theater, bei der VHS, bei der Jugendhilfe, den Rettungsdiensten, der Wasserversorgung oder den Sparkassen - TTIP hätte weitreichende Auswirkungen auf Städte und Gemeinden und gefährdet die kommunale Selbstverwaltung. Der Privatisierungsdruck droht massiv zuzunehmen und anders als im Rahmen der Welthandelsorganisation arbeiten TTIP und CETA mit einem allgemeinen Liberalisierungsgebot, von dem nur auf Wunsch der Verhandlungsseiten einzeln beschriebene Dienstleistungen ausgenommen werden können (sogenannte Negativlisten). Ein derartiges Liberalisierungsgebot führt zu einem Liberalisierungsdruck im gesamten Dienstleistungsbereich, der auch die Dienstleistung vom allgemeinen Interesse, also der Daseinsvorsorge erfassen würde. Die EU hat in ihrem Mandat für TTIP festgelegt, dass nur wenige öffentliche Dienstleistungen, wie Justiz, Polizei oder Strafvollzug von einer Liberalisierung ausgenommen werden, nicht aber Kultur, Bildung, Wasser und Abwasser. Hier geht es knallhart um die kommunale Daseinsvorsorge. Gerade die Privatisierung der Wasserversorgung könnte so durch die Hintertür erzwungen werden. Eine spätere Rekommunalisierung, falls man einsehen würde einen Fehler gemacht zu haben, würde durch die verwendeten Negativlisten ausgeschlossen werden. Die bisherigen Informationen deuten darauf hin, dass die Rücknahme zeitweise privatisierter Bereiche in die öffentliche Daseinsvorsorge so sehr erschwert wird, dass damit Dienstleistungsliberalisierung nur als Einbahnentwicklung zugelassen wird.

Neue Maßnahmen zur Marktregulierung, etwa zur Vermeidung von Finanzkrisen oder Mietpreisbremsen würden verboten werden. Auch Regeln für die Weitergabe oder Speicherung persönlicher Daten wären dann passé. TTIP kann verändern, welche Dienstleistung Kommunen weiter selbst erbringen dürfen und welche sie in einem internationalen Wettbewerbsverfahren ausschreiben müssen. Nur Unternehmen zuzulassen, die unsere Standards einhalten, wird dann nicht mehr möglich sein. Auch im Abkommen festgelegte Investitionsschutzregelungen können die Entscheidungsfreiheit der Kommunen einschränken, da diese etwa im Fall von Umweltauflagen Schadenersatzansprüche von Unternehmen, etwa wegen entgangener Gewinne befürchten müssen. Über die geplante regulatorische Kooperation wurde im Vorfeld, also vor der Einführung der Maßnahme, erst mal abgewogen, ob die geplanten Maßnahmen, (möglicherweise auch die vom Landkreis) dem Investitionsschutzabkommen für die Konzerne ent-

gegen stehen können. Man spricht vom Bruch der legitimen Erwartung der Investoren. Teure Klagen am Horizont könnten die Entscheidungsfreiheit der Kommunen deutlich einschränken. Mit der vorgeschlagenen Resolution bekennt sich der Kreistag des Donnersbergkreises eindeutig zur kommunalen Selbstverwaltung und appelliert an die übergeordneten Parlamente sich ebenfalls uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen. Dr. Ernst Groskurt bittet die vorgeschlagene Resolution zu unterstützen.

Rudolf Jacob (CDU) appelliert für die Zukunft daran, sich im Kreistag mit den Dingen zu beschäftigen, die auch den Kreis tatsächlich betreffen. Die entsprechenden Ausarbeitungen vom Landkreistag oder dem Deutschen Städte- und Gemeindebund bezüglich der möglichen Betroffenheit der Kommunen sind ihm bekannt. Der Redebeitrag von Dr. Groskurt hinsichtlich der Betroffenheit des Kreises betrug seiner Meinung nach maximal 5 %. Das gemeinsame Positionspapier hingegen sei ein gutes Beispiel für einen sachlichen, verantwortungsvollen und differenzierten Umgang mit dem Thema. Die hier vorliegende Vorlage sei undifferenziert, zu pauschal und wird dem Thema der Komplexität absolut nicht gerecht.

Natürlich steht die CDU-Fraktion auch für den Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung und für Transparenz in den entsprechenden Regelungen. Allerdings sollen durch dieses Handelsabkommen auch unsinnige Handelshindernisse abgebaut werden, durch die man durchaus profitieren kann.

Der Resolution, in der hier vorliegenden undifferenzierten und pauschalen Form, wird die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Christian Ritzmann (FDP) klärt auf, Daseinsvorsorge sei ein unbestimmter Rechtsbegriff, was bedeutet, dass dieser von der Allgemeinheit gedeutet wird. Im Grunde genommen, bedeutet Dasein, für das man Vorsorge trifft, schlicht und einfach das eigene Leben. Und genau darum geht es. Mit TTIP wird eine Möglichkeit gesucht, dass auch die Menschen und die Unternehmer hier im Donnersbergkreis für ihr Dasein Vorsorge treffen können.

Christian Ritzmann ist sehr wohl der Meinung, dass bei der kommunalen Daseinsvorsorge die EU-Kommission durchaus Regeln im Bereich des Wettbewerbsrechts treffen kann. Es kann auch durchaus positiv sein, wenn im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge der Markt geöffnet wird und dadurch einiges günstiger wird. Und wenn irgendwas günstiger wird, bringt es mehr Lebenschancen.

Allerdings was die kommunale Daseinsvorsorge im engeren Sinn angeht – Müllentsorgung, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Gesundheitspflege etc. – hier bräuchte man diesbe-

zügig keine Befürchtungen zu haben, denn so viel Vertrauen hat Christian Ritzmann schon in die Verhandlungsführer und auch in die demokratische Kontrolle auf Bundes- und EU-Ebene. Seiner Meinung nach, wird hier eine Fenster- und Schattendebatte geführt und er sei nicht bereit einer irgendwie formulierten Resolution zuzustimmen.

Gustav Herzog (SPD) ist der Meinung, dieses Thema gehe den Kreistag sehr wohl etwas an. Zum einen geht es hier um die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten in einem größeren Wirtschaftsraum. Zum zweiten trägt der Kreis natürlich auch Verantwortung für die Arbeitsplätze, die es hier im Donnersbergkreis gibt. Deutschland, insbesondere Rheinland-Pfalz, aber auch der Donnersbergkreis sind sehr stark exportorientiert. D. h. die Arbeitsplätze und der Wohlstand der Bürger im Kreis sind auch ein Stück weit davon abhängig, ob die Unternehmen im Donnersbergkreis auch die Möglichkeit haben, ihre Produkte weltweit zu verkaufen. Denn die Unternehmen sind darauf angewiesen, dass sich Märkte vergrößern und dass sie ohne Zölle und zusätzliche Hürden, wie technischen Normen, die Möglichkeit haben, ihre Produkte im Wettbewerb anzubieten. Von daher sei es auch Aufgabe der Politik die Wirtschaft zwischen den USA und Europa zu harmonisieren, wozu auch alle mittelständischen Unternehmen ihr Interesse signalisiert haben.

Dr. Groskurt spricht davon, dass es zu einer Anerkennung gegenseitiger Standards und damit zu einer Absenkung käme. Dies kann jedoch aus den Papieren, wie sie vorliegen, nicht abgeleitet werden. Zudem gibt es klare Stellungnahmen der Bundesregierung, dass im kommunalen und sozialen Bereich, im Arbeitnehmerschutz etc. überhaupt keine Absenkungen geplant sind und ergeben sich auch nicht aus der Mechanik dieser Abkommen.

Im Übrigen ist im CETA der kommunale Bereich - die Daseinsvorsorge wie sie von Herrn Ritzmann angesprochen wurde - klar ausgeklammert. Dies sei auch die Forderung für TTIP. Man sei auf einem guten Weg, allerdings schade es nicht als Kommune ein Signal abzugeben, dass es da keine Veränderungen mehr geben darf.

Damian Lohr (AfD) kann Christian Ritzmann zustimmen, dass Freihandel grundsätzlich was Gutes sei und gerade den mittelständischen Unternehmen durchaus Chancen bietet. Die angesprochenen Themen von Dr. Groskurt sind Ängste und Bedenken, die derzeit durch die Bevölkerung gehen. Fakt ist, dass Freihandelsabkommen zurzeit nicht genug transparent für die Bürger diskutiert wird. Es gilt daraufhin zu arbeiten, dass die Forderungen nach der Selbstständigkeit der Kommunen eingehalten werden. Die AfD-Fraktion wird der Resolution zustimmen.

Michael Cullmann (SPD) spricht die Liberalisierung auf lokaler Ebene an, die von Christian Ritzmann erwähnt wurde. Im Bereich der Telekommunikation entstanden durch die Liberalisierung gerade im ländlichen Raum viele Nachteile. Würde dies im Bereich der Wasserversorgung geschehen, hätte man in unterschiedlichen Gegenden extrem unterschiedliche Wasserpreise, weil eben dann keine Ausgleichszahlungen vom Land oder Zuschüsse gezahlt werden. Eine weitere Liberalisierung auf kommunaler Ebene lehnt Michael Cullmann daher entschieden ab.

Wilfried Pick (CDU) stellt fest, dass diese Resolution sich nicht gegen einen bestimmten Verhandlungsstand oder konkrete Maßnahmen richtet, sondern wie die Überschrift schon sagt: gegen Freihandelsabkommen jeglicher Art. Die Resolution stellt mögliche Gefahren zu einseitig dar. Wilfried Pick ist der Meinung, man sollte mehr Vertrauen in die Verhandlungsführer haben. Es sei durchaus möglich, dass gewisse Nachteile sich ergeben, jedoch die Vorteile überwiegen werden. Eine pauschale Verunglimpfung von Freihandelsabkommen jeglicher Art hält er daher für nicht sinnvoll.

Christian Ritzmann (FDP) stellt klar, er habe nie behauptet für eine Privatisierung von Wasser- oder Kanal zu sein. Er habe lediglich konkretisiert, was für ihn kommunale Daseinsvorsorge im engeren Sinn bedeutet.

Die Ängste, die zu TTIP bestehen, sollten nicht zu hoch gehängt werden. Bei CETA sei die kommunale Daseinsvorsorge bereits ausgeklammert. Seiner Meinung nach wird dies auch so bei TTIP kommen. Christian Ritzmann stört, dass von weitgehender Intransparenz gesprochen wird. Nach seinem Kenntnisstand werden alle abverhandelten Dokumente öffentlich zugänglich gemacht. Das Problem hierbei sei, dass die Menschen es nicht sehen wollen. Denn eines sei klar, in Sachen Transparenz ist die Europäische Union vielen Verwaltungen in Deutschland bei Weitem überlegen.

Helmut Schmidt (Linke) erinnert, dass er im Oktober 2014 eine Resolution zu diesem Thema einbringen wollte, die allerdings aus formellen Gründen nicht auf die Tagesordnung genommen werden konnte. Daher steht er dieser Resolution grundsätzlich positiv gegenüber. Aber was bringt eigentlich noch eine Resolution gegen TTIP, TISA und CETA? Die Regierung, die Industrieverbände und die Arbeitgeberverbände sind dafür und es soll Wachstum und Arbeitsplätze mit sich bringen. Dabei soll man auch nicht ins Hintertreffen mit den BRICS-Staaten und deren AIB-Bank geraten. Weil das Schwierigkeiten bereiten würde, müsste man gemeinsam mit den USA dagegenhalten, so Helmut Schmidt. Und eigentlich gibt es auch keinen Grund misstrauisch zu sein, weil die eigene und die US-Regierung die Bürger noch nie belogen oder gegen Interessen der Bürger gehandelt haben.

Das EU-Parlament hat bereits letzte Woche mit großer Mehrheit dafür gestimmt weiter zu verhandeln. Die 2,4 Mio. Bürger, die sich in einer BI dagegen ausgesprochen haben, werden nicht berücksichtigt. Helmut Schmidt schließt mit einem dreifachen Vivat an die unverbrüchliche Freundschaft der US-amerikanischen Großkonzerne und Großbanken, an die lupenreine, marktkonforme Demokratie und an die glorreichen Führer der westlichen Welt.

Es wird behauptet, diese Resolution stelle sich gegen Freihandelsabkommen jeglicher Art, so Klaus-Dieter Magsig (FWG). Er bittet, sich einfach mal die Überschrift der Resolution anzuschauen, die lautet: „Keine Gefährdung der kommunalen Daseinsvorsorge durch Freihandelsabkommen“. Darum geht es auch in dieser vorliegenden Resolution, die er für sehr deutlich, kurz gefasst und vor allen Dingen konzentriert auf die kommunalen Interessen formuliert hält. Deshalb bittet Klaus-Dieter Magsig um Zustimmung zu der Resolution.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises appelliert an

- Die Kommission der Europäischen Union
- Das Parlament der Europäischen Union
- Die Bundesregierung und den Bundestag
- Die Landesregierung Rheinland-Pfalz

sich im Zuge der internationalen Verhandlungen sowie der nationalen Beschlussfassungen mit dem Freihandelsabkommen (TTIP, TISA, CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand sowie Entwicklungsmöglichkeiten der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:      22 Ja-Stimmen  
   11 Nein-Stimmen

**Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Unterrichts- und Kontrollrecht des Kreistages gemäß § 26 Abs. 2 Landkreisordnung**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Der Kreistag ist jährlich vom Landrat in öffentlicher Sitzung über Verträge des Landkreises mit Mitgliedern des Kreistages und seiner Ausschüsse, sowie mit Bediensteten der Kreisverwaltung zu unterrichten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung, Dienst- und Arbeitsverträge mit Bediensteten der Kreisverwaltung oder sonstigen im Zusammenhang mit den Dienstverhältnis stehenden Verträgen handelt. Die Unterrichtspflicht gilt auch für Verträge, die Eigenbetriebe und rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts sowie Gesellschaften, an denen der Landkreis mit mindestens 50 v. H. beteiligt ist, mit Mitgliedern des Kreistages und seiner Ausschüsse sowie mit Bediensteten des Landkreises abschließen, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.“

Folgender Vertrag mit dem Donnersbergkreis liegt vor:

<b>Betroffene Person</b>	<b>Vertrag</b>
Landrat Winfried Werner	Pachtvertrag über Wiesengrundstück, Flur Nr. 591/3

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises nimmt die Beschlussvorlage zu dem vorliegenden Vertrag mit dem Donnersbergkreis zur Kenntnis.

**Zu Punkt 7a der Tagesordnung: Wahl einer Ersatzperson in den Schulträgerausschuss des Donnersbergkreises**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „In der Kreistagssitzung am 19. November 2014 wurde Herr Rolf Brachhold als Vertreter der IGS Rockenhausen in den Schulträgerausschuss des Donnersbergkreises gewählt. Nachdem Herr Brachhold Ende Januar aus dem Dienst der Schule ausgeschieden ist, ist ein neuer Vertreter zu wählen.“

In Abstimmung mit der Schule wird vorgeschlagen, Herrn Dirk Melzer als Vertreter der IGS Rockenhausen in den Schulträgerausschuss des Donnersbergkreises zu wählen.“

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig eine offene Abstimmung per Handzeichen.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Dirk Melzer als Mitglied in den Schulträgerausschuss des Donnersbergkreises.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **Zu Punkt 7b der Tagesordnung: Wahl einer Ersatzperson sowie Nachwahl eines/einer Vertreters/in des Kreiselternausschusses für Kindergärten in den Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises**

### I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 19. November 2014 Frau Kerstin Wuthe auf Vorschlag der Träger der freien Jugendhilfe als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises gewählt, die zwischenzeitlich allerdings aus dem Dienst des CJD Kirchheimbolanden ausgeschieden ist. Aus diesem Grund ist ein neues Mitglied zu wählen.

Das CJD Kirchheimbolanden schlägt Herrn Thomas Matheis, Rockenhausen vor.

Gem. § 5 Abs. 5 Nr. 14 der Satzung des Kreisjugendamtes gehört dem Jugendhilfeausschuss auch ein/e Vertreter/in des Kreiselternausschusses für Kindergärten an.

Der Kreiselternausschuss hat sich am 29.05.2015 konstituiert und schlägt für den Jugendhilfeausschuss als beratendes Mitglied Frau Sabrina Koppelt, Rockenhausen und als ihre Stellvertreterin Frau Jennifer Betz, Eisenberg, vor.“

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig eine offene Abstimmung per Handzeichen.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Thomas Matheis, Rockenhausen als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss. Frau Sabrina Koppelt (Vertreterin des Kreiselternausschusses für Kindergärten) wird als beratendes Mitglied und Frau Jennifer Betz als ihre Stellvertreterin in den Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **Zu Punkt 7c der Tagesordnung: Bestätigungswahlen für den Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg**

### I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Nach § 5 Abs. 1 des Sparkassengesetzes (SpkG) in Verbindung mit § 4 Abs. 1 der Satzung des Donnersbergkreises für die Sparkasse Donnersberg gehören dem Verwaltungsrat u. a. Sparkassenmitarbeiter an, die zuvor durch die Mitarbeiter der Sparkasse in geheimer und unmittelbarer Wahl gewählt werden (§ 6a Abs. 1 Satz2 SpkG).

Gemäß § 6a Abs. 1 Satz 3 SpkG bedürfen diese vorgeschlagenen Mitarbeitervertreter/innen einer Bestätigungswahl durch den Kreistag.

In seiner konstituierenden Sitzung am 16. Juli 2014 hat der Kreistag des Donnersbergkreises folgende Mitarbeitervertreter für den Verwaltungsrat der Sparkasse gewählt:

<b>Mitglieder</b>	<b>Stellvertreter</b>
Döring, Manuel	Christmann, Gerhard
Leber, Susanne	Jung, Rüdiger
Hanauer, Gerd	Schwarz, Steffen
Kaufhold, Klaus	Schmidt, Susanne
Spieß, Monika	Walter, Jochen

Mit Schreiben vom 10.03.2015 teilt die Sparkasse Donnersberg mit, dass Herr Manuel Döring zum 31.03.2015 aus dem Dienst der Sparkasse Donnersberg ausgeschieden ist. Somit entfällt auch die Wahrnehmung des Mandats im Verwaltungsrat der Sparkasse Donnersberg.

Als Ersatzperson für den ausgeschiedenen Manuel Döring soll Herr Gerhard Christmann zum Verwaltungsratsmitglied gewählt werden.

Herr Niclas Bauer soll die Stellvertretung von Herrn Gerhard Christmann übernehmen.“

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig eine offene Abstimmung per Handzeichen.

### II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Gerhard Christmann zum Verwaltungsratsmitglied der Sparkasse Donnersberg und Herrn Niclas Bauer zu seinem Stellvertreter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu Punkt 7d der Tagesordnung: Benennung von zwei Personen zur Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist eine europaweite Organisation der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften. Im RGRE sind 57 nationale Kommunalverbände aus 41 europäischen Ländern (Sektionen) zusammengeschlossen. Der RGRE repräsentiert auf diese Weise in ganz Europa etwa 150.000 kommunale Gebietskörperschaften.

Die deutsche Sektion des RGRE ist ein Zusammenschluss von rd. 800 deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen. Sie ist in den Gremien des internationalen Rates der Gemeinden und Regionen Europas mit Sitz und Stimme vertreten.

Der geschäftsführende Vorstand des Landkreistages Rheinland-Pfalz hat beschlossen, dass der Landkreistag für die Landkreise in Rheinland-Pfalz Mitglied beim RGRE wird.

Zur Delegiertenversammlung, die oberstes Organ der Deutschen Sektion des RGRE ist, entsendet der Donnersbergkreis gemäß § 8 der Satzung des RGRE (Deutsche Sektion) 2 Delegierte.

Aufgrund des Stärkeverhältnisses im Kreistag ergibt sich folgende Sitzverteilung:

SPD	-	1
CDU	-	1“

Vorgeschlagen werden: Dr. Said Kahla (SPD) und Rudolf Jacob (CDU). Weitere Vorschläge erfolgen nicht.

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig eine offene Abstimmung per Handzeichen.

II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt und entsendet Herrn Dr. Said Kahla und Herrn Rudolf Jacob zur Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des RGRE.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (bei 1 Enthaltung)

**Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Anfrage von Michael Cullmann zu den Veränderungen bei der AfD**

I. Sachverhalt:

Michael Cullmann (SPD) bezieht sich auf die Pressemeldungen zu den Veränderungen bei der AfD und möchte wissen, ob sich diesbezüglich Änderungen in den Kreisgremien ergeben.

Landrat Werner informiert, es gäbe derzeit keine Austritte oder Niederlegungen von Mandaten. Somit ergeben sich auch keine Änderungen in den Kreisgremien.

Landrat Werner bedankt sich anschließend bei den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 16.20 Uhr die Sitzung des Kreistages.

gez.  
(Werner)  
Vorsitzender

gez.  
(Herbrandt)  
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

## **ABSCHLUSS**

Tag der Einladung: 25.06.2015

Tag der Sitzung: 14.07.2015

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.20 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 32

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 6

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt